

Das politische System ist ein grundlegendes Analysekonzept der Politikwissenschaft, das wesentlich ist für die Erklärung politischer Strukturen, Akteure, Prozesse und politischer Ergebnisse in allen Staaten der Welt. Die entsprechende politikwissenschaftliche Analyse befasst sich mit Fragen der Stabilität und des Wandels politischer Systeme. Eng damit verbunden ist die Demokratie- und Demokratisierungsforschung, die sich mit den Übergängen oder Transitionen von Diktaturen zu Demokratien sowie den Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen demokratischer Systeme befasst. Die Philippinen werden in der wissenschaftlichen Debatte einerseits als Beispiel für eine erfolgreiche Transition von einer Diktatur zur Demokratie betrachtet. Andererseits werden über die Transition hinaus auch die strukturellen Defizite bei der Stabilisierung oder Konsolidierung der philippinischen Demokratie thematisiert. Die Bestandsfähigkeit informeller Phänomene wie Patronage und Klientelismus auf allen Ebenen des Politischen stehen im Mittelpunkt dieser Befunde. Vor diesem Hintergrund gilt es schließlich, das politische System der Philippinen anhand eines einfachen Analysemodells einer strukturierten Betrachtung zuzuführen. Das Modell beinhaltet die Aspekte Struktur und Form des Politischen (polity), Prozesse (politics), Ergebnisse (policy) und Akteure.

2.1 Politisches System, Demokratie und Demokratisierung

Am Anfang jeder politischen Systemanalyse gilt es Auskunft über grundlegende Definitionen von Politik und Politikwissenschaft zu geben. Während der Begriff der Politik verschiedene Deutungen zulässt, gibt es einen breiteren Konsens bei

der Definition von Politikwissenschaft. *Politik* kann als 1) jenes menschliches Handeln, das auf die Herstellung allgemein verbindlicher Regelungen und Entscheidungen in und zwischen Gruppen von Menschen abzielt, 2) autoritative Allokation von Werten, wobei letztere Güter und Zuweisungen sowie Sanktionen sein können, 3) Machtinstrument herrschender Eliten, 4) Spiegelbild gesellschaftlicher Klassenwidersprüche, die sich in entsprechenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen manifestieren sowie schließlich als normative Grundlage für die Schaffung eines „guten“ Ordnungsgefüges verstanden werden (Mols 2003, S. 28–31; Heywood 2002, S. 3–12). *Politikwissenschaft* ist die systematische Beschäftigung mit politischen Phänomenen. Sie befasst sich mit den Grundnormen (polity), den Politikergebnissen (policies) und den politischen Prozessen (politics) (Kevenhörster 2003, S. 31).

Zur Analyse dieser drei Ebenen des Politischen (polity, politics, policy) lässt sich die strukturell-funktionale Theorie heranziehen. Strukturfunctionalistische Ansätze beruhen auf der Prämisse, dass soziale und politische Systeme bestimmte Strukturen und Funktionen aufweisen müssen, um ihren Bestand zu gewährleisten. Als offene Systeme unterliegen sie einem dauerhaften Anpassungsdruck, der sich in *endogenen* und *exogenen* Einflüssen manifestiert (Parsons 1979, S. 35). Das Streben sozialer Systeme nach Stabilität nötigt sie daher zur Herausbildung bestimmter funktionaler Imperative. Im AGIL-Schema Talcott Parsons sind es die vier Grundfunktionen Anpassung (*adaption*), Zielerreichung (*goal attainment*), Integration und Strukturhaltung (*latent pattern maintainance*), die es sozialen Systemen ermöglichen, ihr Gleichgewicht zu halten. Die Leistungen sozialer Elemente können nun daraufhin untersucht werden, in welcher Weise sie für das System als Ganzes relevant werden (Parsons 1951, S. 24–67). Wirkungen oder Leistungen, die zur Erfüllung der Funktionsvoraussetzungen beitragen, stellen „Funktionen“ dar; solche, die die Erfüllung erschweren oder verhindern, sind „Dysfunktionen“. Teile der Systemstruktur, die gleichwertige Beiträge zur Problembewältigung leisten können, sind als funktional äquivalent gekennzeichnet (Sandschneider 1995, S. 125 f.).

Vor diesem analytischen Hintergrund definierte David Easton (1957, 1965) Politik als ein sich selbst regulierendes und interaktives System. Die Logik dieses Systems sieht folgendermaßen aus: Die Gesellschaft stellt Forderungen an die Politik und unterstützt diese mit entsprechenden Leistungen. Aktivitäten zur Beeinflussung des Staates und seiner Entscheidungen bezeichnete Easton als Inputs. Negative Inputs umfassen Forderungen und vorenthaltene Leistungen. Positive Inputs umfassen hingegen politisches Engagement und ehrenamtliche Leistung als Unterstützungsleistungen für das System. Die Regierung wählt nun einige Inputs aus und bearbeitet sie. Dies alles geschieht auf der Grundlage von Einschätzungen der politischen Funktionselite (i.e. Minister, Parlamentarier,

Beamte, Lobbyisten, Parteifunktionäre). Das Ergebnis dieses Selektions- und Verarbeitungsprozesses sind outputs, d. h. symbolische oder materielle Handlungen des Staates. Diese wirken auf die Gesellschaft zurück und erfüllen dort Forderungen oder sie lösen neue Erwartungen aus.

Gabriel Almond (1956) formulierte ein wichtiges Leitkonzept für die vergleichende Politikforschung. Er sprach von comparative politics und zielte damit auf die politischen Erscheinungsformen der Gesellschaft insgesamt ab und nicht nur auf die politischen Institutionen und die entsprechenden Regierungspraktiken. Der amerikanische Politikwissenschaftlicher entwickelte ein Analysemodell, das Politik in Anlehnung an Easton als den Fluss von Leistungen und Forderungen aus der Gesellschaft an die staatlichen Institutionen schildert (Almond und Powell 1978). Mit Begriffen wie Interessenartikulation, Interessenaggregation, Kommunikation und politische Kultur führten die beiden Wissenschaftler ein Standardvokabular in die Politikwissenschaft ein.

Das politische System besitzt demnach Strukturen, die systemnotwendige Funktionen erfüllen. Die wahrzunehmenden Funktionen sind in allen politischen Systemen gleich, die Strukturen können variieren. Dies bedeutet, dass unterschiedliche Strukturen in verschiedenen Systemen die gleichen Funktionen ausüben können. Grundlegend lassen sich Input- und Output-Funktionen des politischen Systems unterscheiden. Zu den Input-Funktionen gehören Interessenartikulation und Interessenaggregation. Bei der Interessenartikulation werden gesellschaftliche Interessen von Interessengruppen wie z. B. Verbänden oder Nicht-Regierungsorganisationen artikuliert. Die Interessenaggregation beschreibt einen Prozess, bei dem die Forderungen der zahlreichen politischen Verbände und Vereine von politischen Parteien sortiert und gebündelt werden. Politische Parteien bringen vereinbarte Interessen auf einen gemeinsamen Nenner und entwerfen entsprechende Programme. Zu den Output-Funktionen gehören Normensetzung, Normenanwendung und Normenauslegung. Während die Normensetzung primär als ausführende Institution die gesetzgebende Gewalt bzw. Legislative umfasst, sind die natürlichen Institutionen der Normenanwendung Regierung und Verwaltung. Schließlich besteht die Normenauslegung primär aus der Judikative.

Das Systemmodell erlaubt es, funktionale Gleichwertigkeiten oder Äquivalente zwischen unterschiedlichen Strukturen zu bestimmen. So wird die Aggregationsfunktion nicht nur von Parteien erfüllt; sie kann auch durch soziale Bewegungen oder durch Gewerkschaften mit einem hohen Organisationsgrad ausgeführt werden. Im Falle der Normanwendungsfunktion kann folgender Fall als Illustration funktionaler Äquivalenz gelten: Die kommunistische Partei Chinas ist formell zwar eine nicht-staatliche Struktur, besitzt aber die eigentliche Regierungsfunktion. Die offizielle Regierung ist lediglich ein Instrument der Partei. Überdies ist

festzustellen, dass in vielen Ländern der Dritten Welt das Militär funktionell äquivalent ist mit der Regierung oder mit einer Regierungspartei, beispielsweise das Militär in Myanmar im Zeitraum von 1962 bis 2011.

Die Dominanz gesellschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat kommt auch in der Entfunktionalisierung der Staatsverwaltung bzw. durch Korruption zum Ausdruck. Bis in die 1970er Jahre gab es eine lineare Vorstellung von Entwicklung. Das Argument lautete, dass sich im Zuge einer nachholenden Entwicklung die sozialen und politischen Verhältnisse in Asien und Afrika langfristig ähnlich wie in Europa und Nordamerika gestalten würden. Es würden sich zunächst Staatsverwaltungen herausbilden (state-building). Über Sprach- und Religionsgegensätze hinweg ließe sich dann ein nation-building, d. h. ein soziales Zusammengehörigkeitsgefühl fördern. Aus der Vorstellung eines Entwicklungsrückstandes gegenüber Europa und Nordamerika, d. h. der entwickelten Welt (developed countries), war zudem von Entwicklungsländern (developing countries) die Rede.

Das Modell vieler Modernisierungsanstrengungen in Ländern der sogenannten Dritten Welt waren westliche Staaten mit den Ausprägungen Marktwirtschaft und Demokratie. Die sogenannte Modernisierungstheorie verweist in diesem Zusammenhang auf einen kausalen Zusammenhang zwischen ökonomischer Entwicklung und Demokratie: Demnach vergrößere stetiges Wirtschaftswachstum die Ausdifferenzierung der Sozialstruktur, indem eine Unternehmerschaft bzw. Mittelschicht oder Zivilgesellschaft entstünde, die sich im Zeitablauf nicht mehr nur mit ökonomischen Freiheiten zufrieden gebe, sondern mehr Teilhabe an politischen Prozessen fordere. Dies erhöhe den Druck auf ein nicht-demokratisches System, eine Liberalisierung der politischen Strukturen einzuleiten, die im Zeitablauf in eine Demokratisierung münde (Przeworski und Limongi 1997, S. 157–158). Die Forschung zur politischen Kultur folgt dem modernisierungstheoretischen Schema eines linearen Entwicklungspfades von einfachen, eher geschlossenen Systemen hin zu komplexen und offenen Systemen. In diesem Zusammenhang weisen Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) auf drei grundsätzliche Typen politischer Kultur hin: Der parochiale Typus entspricht einer traditionellen politischen Kultur, in der die Bürger kein Interesse an Wissen über und somit keinen Bezug zum politischen System haben. Die subjektive Kategorie verweist auf eine Untertanenkultur, die insbesondere in autoritären Systemen anzutreffen ist. Sie ist geprägt durch eine weitgehende kritiklose Hinnahme politischer Entscheidungen bei gleichzeitiger affektiver Bindung zum System ohne Raum für grundsätzlich abweichende Meinungen. Schließlich ist der partizipierende Bürger in einem demokratischen System zu nennen, der ein Interesse sowohl an politischen Prozessen und Normen als auch an Politikergebnissen

zeigt. Durch seine Aktivitäten beeinflusst er das System und ist sich dieser Möglichkeiten bewusst.

Was bedeutet Demokratie? Zunächst ist Demokratie eine mögliche Ausprägung politischer Herrschaft, die sich von anderen Ausprägungen wie defekten¹ Demokratien, Autokratie sowie hybriden Mustern wie elektoralem und kompetitivem Autoritarismus signifikant unterscheidet.²

¹Eine funktionsfähige Demokratie beruht auf einer funktionierenden Gewaltenteilung, bürgerlichen Freiheits- und Gleichheitsrechten und einer effektiven Regierungsführung. Wenn diese Grundpfeiler der Demokratie nicht stabil sind und wenn darüber hinaus ein pluralistischer Wettbewerb und die Partizipation an diesem nicht gewährleistet werden können, so sprechen wir von *defekten Demokratien*. Dieser defizitiäre Demokratietypus manifestiert sich in verschiedenen Formen: Eine *exklusive* Demokratie liegt dann vor, wenn einzelne Gruppen vom Herrschaftszugang auf Grund ihrer Religion, ethnischen Herkunft und politischen Überzeugung ausgeschlossen werden. Die *illiberale* Demokratie verweist auf rechtsstaatliche Defekte, Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten und eine dysfunktionale Justiz. In einer *delegierten* Demokratie finden wir eine schwache Kontrolle der Regierung, eine dominante Exekutive, keine politischen Sanktionsmöglichkeiten und unzureichende Rechtsnormen vor. Schließlich ist die Enklavendemokratie zu nennen, in der Teile des Staatsgebietes durch Aktivitäten von Vetoakteuren bzw. mächtigen systemoppositionellen Akteuren kontrolliert werden (Merkel 2010, S. 37–38).

²Alle nicht-demokratischen Systeme sind als *Autokratien* zu verstehen. Ihre allgemeinen Merkmale sind: a) Herrschaft beruht nicht auf Volkssouveränität, sondern auf Gefolgschaft und Gehorsam unter Berufung auf Weltanschauungen, b) aktives und passives Wahlrecht wird wesentlich eingeschränkt oder gar abgeschafft, c) der Staat wird nicht durch demokratisch legitimierte Institutionen kontrolliert, d) Staatliche Macht ist eng mit der Exekutive verbunden, e) Menschen- und Bürgerrechte werden nur unzureichend gewährt und angewendet sowie f) Willkürliche Durchsetzung von Machtansprüchen der Regierung gegenüber dem Volk. Autokratien können grundsätzlich in autoritäre und totalitäre Systeme unterschieden werden. *Autoritäre Systeme* weisen einen eingeschränkten politischen Pluralismus auf und legitimieren sich durch Werte wie soziale und ökonomische Modernisierung, Patriotismus, Sicherheit und Nationalismus. *Totalitäre Systeme* sind durch einen uneingeschränkten Verfügungsanspruch der Machthaber geprägt. Wesentlich ist hier, dass der Staat nicht der primäre Machträger ist, sondern eine totalitäre Weltanschauungspartei oder ihr Führer, die ihre Herrschaft ideologisch legitimieren und für alle Bürger verbindlich erklären (Merkel 2010, S. 40–43). Mischformen zwischen Autoritarismus und Demokratie umfassen den kompetitiven und elektoralen Autoritarismus. Der *kompetitive Autoritarismus* ist gekennzeichnet durch eine unsichere Machtbasis der Regierenden. Denn die Opposition kann die Machthaber regelmäßig herausfordern oder gar von der Macht ablösen. Arenen der Beeinflussung bzw. Herausforderung sind Medien, die Legislativkörperschaft und Wahlen. Im *elektoralen Autoritarismus* gibt es im Unterschied zum kompetitiven Autoritarismus keinen voll funktionsfähigen Wahlmechanismus. Dies ist oft nachteilig für die Opposition, da die Möglichkeiten zur erfolgreichen Durchsetzung von Machtansprüchen sehr begrenzt sind (vgl. Levitsky 2002; Schedler 2006).

Da das politische System der Philippinen aufgrund seiner demokratischen Strukturen und Prozesse zumindest formal als Demokratie einzustufen ist, wird in der folgenden Betrachtung ein Schwerpunkt auf die Definition des Demokratiekonzepts gelegt. Diese Abhandlung folgt einem pragmatischen Demokratieverständnis, dessen Fundamente von Robert A. Dahl gelegt wurden. In Anlehnung an Schumpeters (1993) restriktive Konkurrenztheorie der Demokratie³ entwickelte er das Konzept der Polyarchie (Dahl 1971).

Dahls „realistischer“ Demokratiebegriff umfasst zwei essenzielle Dimensionen von Demokratie: a) den pluralistischen Wettbewerb und b) das Recht der Staatsbürger auf Partizipation am politischen Konkurrenzkampf (Dahl 1971, S. 6). Diese Konzeptualisierung impliziert, dass es den Bürgern neben dem Wahlrecht möglich sein muss, Präferenzen frei zu formulieren und sie im Rahmen individuellen oder öffentlichen Engagements, sei es in Vereinen, Verbänden oder Parteien, artikulieren bzw. organisieren zu können. So kann sichergestellt werden, dass unterschiedliche Interessen artikuliert, gesellschaftliche Konflikte thematisiert und schließlich in politischen Entscheidungen und Handlungen berücksichtigt werden.

Dieser für eine Demokratie notwendige Prozess der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung sowie die Responsivität der Regierung erfordert eine institutionelle Absicherung, die Dahl durch folgende Kriterien gewährleistet sieht (Dahl 1971, S. 3): 1) Assoziationsfreiheit, 2) Meinungsfreiheit, 3) Aktives Wahlrecht, 4) Passives Wahlrecht, 5) Recht politischer Eliten, um Wählerstimmen zu konkurrieren, 6) Informationsfreiheit, 7) Freie und faire Wahlen und 8) Institutionen, welche die Regierungspolitik vom Willen des Wählers und anderen Artikulationsformen der Bürgerinteressen abhängig machen. Erfüllen politische Systeme die genannten Kriterien, gelten sie als demokratisch und sind in Dahls Sinne Polyarchien.

³Die „andere Theorie der Demokratie“ brachte Schumpeter in einen Gegensatz zur klassischen Theorie der Demokratie. Letztere wurde üblicherweise als Verwirklichung des Gemeinwohls durch die Wahl von Volksvertretern definiert. Schumpeter stellte dem seine eigene Theorie entgegen (Schumpeter 1993, S. 428): „Die demokratische Methode ist diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.“ Mit anderen Worten: Die eher ungenaue klassische Methode, welche die Verwirklichung des *volonté générale* betont, wird bei Schumpeter durch ein restriktives Demokratiekonzept ersetzt, welches den Wettbewerb bzw. Konkurrenzkampf politischer Eliten um Wählerstimmen in den Vordergrund stellt.

Übergänge von autoritären zu demokratischen Systemen lassen sich nach Samuel P. Huntington in drei verschiedene Phasen bzw. Wellen unterteilen: Die erste Welle der Demokratisierung, die hauptsächlich in Europa und Nordamerika zwischen 1828 und 1926 zu verzeichnen war, wurde von der französischen und der amerikanischen Revolution getragen und erreichte ihr Maximum nach dem Ende des ersten Weltkrieges. Ihr folgte eine erste Gegenwelle, die von 1922 bis 1942 andauerte. In diesem Zeitraum entstanden in Europa und Lateinamerika eine Anzahl autoritärer sowie totalitärer Systeme. Im Verlauf der zweiten Welle von 1943 bis 1962 kam es zu Demokratisierungsprozessen in den besiegten faschistischen Staaten und in den in die Unabhängigkeit entlassenen Ländern. Diese zweite Welle wurde wiederum von einer zweiten Gegenwelle abgelöst, die von 1958 bis 1975 andauerte und die durch den Zusammenbruch zahlreicher demokratischer Systeme in Entwicklungsländern geprägt war. Die darauffolgende Welle der Demokratisierung ist deswegen so bemerkenswert, weil noch nie so viele Staaten unterschiedlicher Kultur und Entwicklungsstufen fast gleichzeitig – jedenfalls in welthistorischen Maßstäben – einem Demokratisierungsprozess unterworfen waren (Huntington 1991, S. 13–26).

Im Zeitraum von 1974 bis 1990 waren Übergänge von autoritären zu demokratischen Systemen in über 30 Ländern zu verzeichnen. Der im Jahre 1986 einsetzende Transformationsprozess in den Philippinen lässt sich in diesen globalen Demokratisierungsprozess einordnen, der nach Huntington als *Dritte Welle der Demokratisierung* bezeichnet wird. Diese dritte Welle entstand in Portugal und griff dann auf Griechenland und Spanien über. Zu Beginn der achtziger Jahre erreichte sie die lateinamerikanischen Militärregime Ecuador, Peru, Brasilien und Guatemala, die in der Folge entweder zerbrachen oder demokratische Reformen durchführten. In Afrika und Asien konnte man seit Mitte der 1980er Jahre ebenfalls zahlreiche Demokratisierungstendenzen beobachten. In Südost- und Ostasien sind neben den Philippinen die Länder Südkorea, Taiwan und Thailand zu nennen, da auch dort demokratische Reformen und Liberalisierungstendenzen, wenn auch nicht so weitreichend wie auf den Philippinen, zu verzeichnen waren. Im Jahre 1989 kehrte die Welle nach Europa zurück, wo sie im Verlauf des osteuropäischen Transformationsprozesses ihren Scheitelpunkt erreichte. Während jedoch der Aufwärtstrend von 34 freien Systemen im Jahre 1974 auf 120 im Jahre 2000 als signifikant zu bezeichnen ist, verweist die Zeitspanne von 2001 bis 2013 auf eine Stagnation bzw. einen leichten Rückgang der elektoralen Demokratien, sowohl in absoluten Zahlen als auch in Relation zur Gesamtzahl aller Staaten. In den letzten beiden Jahren ist wieder ein leichter Anstieg zu verzeichnen (Tab. 2.1).

Die globale Expansion demokratischer Systeme zwischen 1974 und 2000 bedeutete eine Herausforderung für die Sozialwissenschaft im Allgemeinen und

Tab. 2.1 Anzahl und Anteil elektoraler Demokratien (1989–2015). (Quelle: Freedom House www.freedomhaus.org)

	Anzahl elektoraler Demokratien	Anzahl aller Staaten	Anteil elektoraler Demokratien (in Prozent aller Staaten)
1989	69	167	41
1990	76	165	46
1995	117	191	60
2000	120	192	63
2003	117	192	61
2005	123	192	64
2006	123	193	64
2007	121	193	63
2008	119	193	62
2009	116	194	60
2010	115	194	59
2011	117	195	60
2012	117	195	60
2013	122	195	63
2014	125	195	64
2015	125	195	64

die politikwissenschaftliche Transformationsforschung im Besonderen. Es ist bezeichnend, dass keine sozialwissenschaftliche Disziplin den Zusammenbruch des sozialistischen Herrschaftssystems und die Demokratisierung mittel- und osteuropäischer Staaten gegen Ende der 1980er Jahre auch nur annähernd antizipieren geschweige denn prognostizieren konnte. Ähnliches gilt für die Welle des Zusammenbruchs autoritärer Systeme im Nahen Osten in den Jahren 2010 und 2011. Dies ist jedoch nur auf den ersten Blick verwunderlich. Denn die mangelnde Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften ist eine logische Konsequenz der großen Anzahl politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Erklärungsvariablen für die Transformationsprozesse. Hinzu kommt, dass diese Variablen oft miteinander verschränkt sind und in ihrer Interdependenz ein hohes Maß an Komplexität hervorbringen, was Aussagen über Entwicklungstendenzen des Gesamtsystems nur bedingt zulässt.

Darüber hinaus steht die Transformationsforschung vor dem Problem, dass sie im Rahmen ihrer Theoriebildung kaum agieren, sondern meistens nur reagieren kann: Analyseschwerpunkte und Fragestellungen werden von einer sich laufend verändernden politischen und sozialen Realität vorgegeben. In dem Maße, wie der zu untersuchende Ausschnitt der Realität sich wandelt, verändern sich auch die theoretischen Ansätze zur Erklärung der empirisch erfassbaren Phänomene (Sandschneider 1995, S. 27). Die Erforschung des Wandels von politischen und sozialen Systemen umfasst verschiedene Forschungsschwerpunkte, die, wie im Folgenden zu zeigen ist, den historischen Ereignissen der zweiten und dritten Welle der Demokratisierung folgten.

Die Analyse von entsprechenden Ereignissen zeitigte eine große Anzahl theoretischer, vergleichender und einzelfallorientierter Analysen des politischen Systemwechsels: In den fünfziger und frühen sechziger Jahren stand die Erforschung der Bedingungen und Voraussetzungen für die Entstehung demokratischer Systeme im Mittelpunkt der Transformationsforschung. Forscher wie Seymour Martin Lipset (1959, 1960), Barrington Moore (1966) sowie Gabriel Almond und Sidney Verba (1963) erforschten die empirischen Fälle der zweiten Welle. Diese Autoren sahen ökonomische Entwicklung, Sozialstruktur und politische Kultur als bestimmende Faktoren demokratischer Entwicklung. Auf der Grundlage der entsprechenden theoretischen Ansätze, auch Modernisierungstheorien genannt, tendierte man zu linearen Modellen demokratischer Entwicklung.

Die Analyse des Zusammenbruchs demokratischer Systeme in den siebziger Jahren folgte dagegen den Ereignissen der zweiten Gegenwelle (Linz und Stepan 1978; O'Donnell 1973). Die Untersuchung der Übergänge zur Demokratie und der Konsolidierung demokratischer Systeme im Rahmen der dritten Welle ist Gegenstand der Transformationsforschung der beiden letzten Jahrzehnte. Maßgebend ist in diesem Zusammenhang die von Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter (1986) veröffentlichte Studie zu Transitionen vom Autoritarismus zur Demokratie. Im Unterschied zur „Zusammenbruchsforschung“ geht es hier nicht um ex-post-Analysen, sondern um eine die Transformationsprozesse begleitende Forschung. Richtungsweisend erwies sich in diesem Zusammenhang das Analyseraster von Guillermo O'Donnell und Philippe C. Schmitter, nach dem politische Transformationsprozesse systematisch in eine Transitionsphase, bestehend aus Liberalisierung und Demokratisierung, und eine Phase der demokratischen Konsolidierung unterteilt werden.

Eine Liberalisierung, d. h. die Öffnung des autoritären Systems hin zu politischen und ökonomischen Reformen, die letztendlich über Verhandlungen der

alten politischen Eliten⁴ mit der Opposition zu einem gewaltlosen Übergang in die Phase der Demokratisierung führten, war in vielen Staaten, u. a. in Chile, Taiwan, Polen und Ungarn, zu beobachten. Jedoch gab es auch Fälle, in denen das alte Regime nicht bereit war, freiwillig abzudanken. Auch wurden Liberalisierungsmaßnahmen aus strategischen Absichten vorgeschoben, um eine marode Legitimationsbasis zu erneuern, wie z. B. in den Philippinen durch unregelmäßig abgehaltene Wahlen. Insofern umfasst die Liberalisierungsphase folgende Ausprägungen (Merkel et al. 1996, S. 17):

- a) eine – wie oben bereits erwähnte – ausgehandelte Transition, in der Regierung und oppositionelle Gruppen politische Veränderungen vereinbaren;
- b) eine von alten Regimeeliten eingeleitete bzw. gelenkte Transition wie in Brasilien, Rumänien und Thailand, wo wandlungsbereite politische Regimeeliten zwar die diskreditierten Verantwortungsträger fallen ließen, man denke nur an das Schicksal von Ceausescu in Rumänien, sich jedoch insgesamt das Einflusspotential auf den Transformationsprozess erhielten;
- c) eine von unten erzwungene Transition oder ein Kollaps der Diktatur wie in den Philippinen, in Portugal und in der Tschechoslowakei. In diesen Fällen gab es weder Verhandlungen noch Platz für alte Regimeeliten. Innerhalb kürzester Zeit gaben Partei oder Regierung ihre Macht an die jeweiligen revolutionären Bewegungen ab.

Unter Demokratisierung, der zweiten Phase der Transition, wird im Allgemeinen die Institutionalisierung der Demokratie verstanden, d. h. die formale Etablierung von Verfassungsorganen und politischen Institutionen (Merkel et al. 1996, S. 13). Sie gilt als abgeschlossen, wenn „freie kompetitive Wahlen, ein allgemeines Wahlrecht und Grund- und Freiheitsrechte formal abgesichert, d. h. verfassungsmäßig festgeschrieben sind sowie eine demgemäß gewählte und uneingeschränkte Regierung im Amt ist“ (Waldrauch 1996, S. 48 f.).

Ein politisches System, das im Prozess der Transition vom Autoritarismus zur Demokratie diesen Kriterien gerecht wird, ist zwar demokratisch, jedoch noch

⁴In diesem Buch unterscheide ich vor dem Hintergrund entsprechender Definitionen von David Wurfel (1979) und Robert Putnam (1976) zwischen politischen und ökonomischen Eliten. Während die politische Elite Entscheidungsträger in Regierung und Verwaltung umfasst, so können ökonomische Eliten sowohl im politischen Raum als auch in der Wirtschaft eine Rolle spielen. Auf den Philippinen ist diese doppelte Funktion von ökonomischen Akteuren insbesondere durch die politische Einflussmacht von traditionellen Familienclans gegeben.

nicht konsolidiert. Insofern stellt sich die Frage, nach welchen Kriterien der Konsolidierungsgrad eines demokratischen Systems bemessen werden kann.

2.2 Demokratische Konsolidierung und informelle Politik

Die Frage, wann eine Demokratie als konsolidiert gilt, wird in der Transformationsforschung uneinheitlich beantwortet und zuweilen kontrovers diskutiert.⁵ So konkurrieren Konsolidierungskonzepte unterschiedlicher Reichweite miteinander.

Aus akteurstheoretischer Perspektive ist für Adam Przeworski eine Demokratie dann konsolidiert, wenn demokratische Institutionen von den relevanten politischen Akteuren als „only game in town“ (Przeworski 1991, S. 25) akzeptiert werden. Mit anderen Worten: erst wenn kein Akteur mehr versucht, seine Interessen außerhalb der demokratisch legitimierten Institutionen durchzusetzen, kann man von einer Konsolidierung des demokratischen Systems sprechen.

Das allein auf das Akteurshandeln ausgerichtete und deshalb als minimalistisch zu bezeichnende Konsolidierungskonzept Przeworskis wird von Geoffrey Pridham als „negative Konsolidierung“ bezeichnet, da sie auf die Abwesenheit von Systemalternativen, die von illoyalen Gruppen der politischen Elite instrumentalisiert werden könnten, basiert. „Positive Konsolidierung hingegen bedeute die Stabilisierung von Demokratie unterstützenden Verhaltensweisen der Elite und Einstellungsmustern in der Bevölkerung, welche die Funktionsfähigkeit der demokratischen Minimalkriterien begünstigen (Pridham 1990, S. 15).

Ein Konzept mittlerer Reichweite wird von Richard Gunter, P. Nikiforos Diamandouros und Hans-Jürgen Puhle (1995, S. 3) vertreten: „Consolidation [...] refers to the achievement of substantial attitudinal support for and behavioural compliance with the new democratic institutions and the rules of the game which they establish.“ Im Gegensatz zu Przeworski sollen nach dieser Definition politische Akteure die Institutionen nicht nur für ihre kurzfristigen strategischen Ziele nutzen, sondern sie auch als legitimen Handlungsrahmen für die Auseinandersetzung um politische Macht akzeptieren. Diese Konzeptualisierung konzentriert sich im Wesentlichen auf politische Institutionen und Verhaltensnormen, vernachlässigt jedoch die politische Kultur als relevanten Konsolidierungsfaktor.

⁵Siehe die Debatte zwischen O'Donnell auf der einen, und Gunther, Diamandouros und Puhle auf der anderen Seite, die in *Journal of Democracy* 7, 8 1996 geführt wurde.

Die politische Kultur spielt wiederum in den Konzeptualisierungen von Samuel P. Huntington und Larry Diamond eine entscheidende Rolle. Diamond betont, dass neben der institutionellen und verhaltensorientierten Dimension auch die Konsolidierung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu stärken sei (Diamond 1994, S. 15 f.). Für Huntington ist die politische Kultur eines demokratisierenden Landes mithin entscheidend für den erfolgreichen Verlauf eines demokratischen Konsolidierungsprozesses. Die Bevölkerung müsse lernen, dass Demokratie nicht alle Probleme löse, sondern auch scheitern könne: „Democracy does not mean, that problems will be solved; it does mean that rulers can be removed; and the essence of democratic behaviour is doing the latter because it is impossible to do the former“ (Huntington 1991, S. 262 f.).

Am umfangreichsten wird der Begriff der demokratischen Konsolidierung schließlich von Wolfgang Merkel (1996) definiert. Seine maximalistische Konzeptualisierung verbindet mehrere Konsolidierungsdimensionen zu einem umfassenden Analysemodell. Demokratische Konsolidierung vollzieht sich hier nach als analytisch trennbare Sequenz von vier interdependenten und zeitlich sich überschneidenden Prozessen auf den Ebenen der politischen Institutionen (Legislative, Judikative, Exekutive, Wahlsystem), der territorialen und funktionalen Interessenrepräsentation (Parteien und Verbände), des politischen Verhaltens der Vetoakteure (Akzeptanz der demokratischen Verfahren durch die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Eliten) sowie der Staatsbürgerkultur (Entfaltung einer Demokratie stützenden civil society und civic culture). Diese Sequenz, innerhalb der sich die demokratische Konsolidierung vollzieht, ist analytischer Art. Zwar beginnt die Konsolidierung gleichzeitig auf allen vier Ebenen des politischen Systems, schließt jedoch in unterschiedlichen Zeiträumen ab. So beginnt die Konsolidierung der Ebene 2 (Parteien und Verbände) und Ebene 3 (Eliten, potenzielle Vetoakteure) nicht erst, wenn die Stabilisierung der Verfassungsinstitutionen (Ebene 1) bereits erfolgt ist. Der Prozess der Konsolidierung dauert auf der Ebene der Staatsbürgerkultur am längsten, es folgt die Vetoakteurs- bzw. Parteien- und Verbandsebene und schließlich die Institutionenebene, deren Konsolidierung am schnellsten vonstatten geht. Wenn alle vier Konsolidierungsphasen abgeschlossen sind, kann von einer konsolidierten Demokratie gesprochen werden.

Für das politische System der Philippinen stellte sich dementsprechend die Frage, *inwieweit es gelungen ist, eine krisensichere und funktionstüchtige Demokratie zu installieren und welche Probleme einer dauerhaften Stabilisierung und Konsolidierung entgegenstehen*. Das Hauptargument einer noch zu veröffentlickenden Studie lautet, dass die Ausgestaltung demokratischer Spielregeln innerhalb der formalen politischen Institutionen eher informellen Prinzipien folgt.

Die entsprechenden Strukturen manifestieren sich in Gestalt klientelistischer Netzwerke einer konservativen und nur bedingt reformwilligen Oligarchie. Da die ökonomische Stellung einer Gesellschaftsschicht über ihre Artikulationsfähigkeit entscheidet, kann die soziale Elite über diese Netzwerke die wichtigsten politischen Entscheidungsarenen und intermediären Vermittlungsstrukturen weitgehend kontrollieren und ihren partikularen Vorstellungen entsprechend prägen. Mit anderen Worten: Auf den Philippinen ist es neben einer formalen zu einer informellen Institutionalisierung der Demokratie gekommen, die die Verfassungsinstitutionen sowie Verbände, Gewerkschaften sowie Nicht-Regierungsorganisationen der Zivilgesellschaft entfunktionalisiert. Patron-Klient-Beziehungen sind in ihren sozialen Ausprägungen umfassend und insofern als totales gesellschaftliches Phänomen (Mauss 1990, S. 178) zu verstehen. Sie sind das Resultat sozialer Verbindlichkeiten und ökonomischer Disparitäten und führen überdies zu einer Hierarchisierung und Vertikalisierung horizontaler Beziehungsmuster in der philippinischen Gesellschaft. Informelle Politik ist immer auch ein Abbild gesellschaftlicher Machtverhältnisse und könnte lediglich an Einflussmacht verlieren, wenn volkswirtschaftliche Wohlfahrtsgewinne gleichmäßiger verteilt würden. Dies wäre ein Weg, um klientelistischen Netzwerken ihre materielle Existenzgrundlage zu entziehen (Loewen 2017).

Aus den obigen Ausführungen geht hervor, dass neben Fragen demokratischer Konsolidierung informelle Politikmuster als entscheidende Determinante philippinischer Politik angesehen werden können. Im Gegensatz zu formellen Institutionen, die als „Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die vom Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“ (North 1992, S. 3) verstanden werden können, verfügen informelle Institutionen nicht über staatliche Regelungs- und Sanktionsmechanismen. Ihre Wirkkraft beruht vielmehr auf tradiertem und akzeptiertem sozialen Verhalten, das dem vorrangigen Zwecke dient, politische Entscheidungen ohne eine offizielle Legitimation im Sinne partikularer Interessen zu beeinflussen (Lauth 1999, S. 65). Der Klientelismus, definiert als hierarchische Beziehungen zwischen Menschen mit Macht und Ressourcen und jenen, die nicht über letztere verfügen⁶, ist die wohl prägnanteste Ausprägung informeller Politik in Transitionsländern im Allgemeinen und auf den Philippinen im Besonderen.

Während in der sozialwissenschaftlichen Literatur weitgehender Konsens über die Bestandsfähigkeit der sogenannten Patron-Klient-Netzwerken besteht, rückt die Frage der analytischen Reichweite des entsprechenden Analysemodells, das

⁶Siehe Abschn. 4.3. Dort wird das Phänomen des Klientelismus umfassend definiert.

erstmalig in den 1960er-Jahren zur Anwendung kam, angesichts sich wandelnder gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt neuerer Studien. So lassen sich über das traditionelle Patron-Klient-Modell weitere relevante Modelle, wie der historisch-strukturelle Ansatz, die „political machine“-Theorie sowie das „Patrimonialismus/Bossism“-Modell identifizieren.

Das Patron-Klient-Modell ist das älteste Analyseraster zur Erklärung informeller Politik in den Philippinen. In ihm werden reziproke, soziale Beziehungsmuster zwischen Patronen und Klienten abgebildet. Patrone sind einflussreiche Menschen, die vor allem ökonomische Ressourcen gegen Gefolgschaft bereitstellen. Klienten verfügen über keine oder wenige Ressourcen und fragen deshalb die Patron-Ressourcen nach und werden in der Folge abhängig in das System integriert. Dieses Modell wurde primär zur Erklärung lokaler und provinzieller Politik verwendet. Die Patron-Klient-Beziehungsmuster werden als dominante soziale Phänomene dargestellt. Sie stehen in ihrer sozialen Bedeutung sogar über sozialen Klassen, religiösen Systemen und politischen Ideologien. Der Hauptvertreter dieser Forschungsrichtung, Carl Lande, nutzt das Patron-Klient-Modell überdies, um nationale bzw. politische Phänomene wie den Faktionalismus im Zwei-Parteien-System der Philippinen bis 1972 zu erklären (Lande 1965).

Gesellschaftlicher Wandel wie z. B. Urbanisierung, Staatsexpansion und zunehmende kapitalistische Durchdringung des sozialen Systems seit den 1960er-Jahren haben jedoch die Existenzbedingungen für das Patron-Klient-System grundlegend verändert. Dieser Wandel hat insbesondere die enge Bindung zwischen traditionell ländlichen Patronen und ihrem Großgrundbesitz aufgehoben. Stattdessen sind neue, urbane Eliten entstanden, die vor allem in modernen Industriezweigen investiert und reüssiert haben.

Die vormals überwiegend reziproken Patron-Klient-Beziehungsmuster werden immer häufiger durch vertraglich abgesicherte soziale Interaktionsmuster ergänzt. Eng damit verbunden ist die Herausbildung einer urbanen Mittelklasse, die aufgrund ihres ökonomischen Status und ihrer räumlichen Bindung an städtische Gebiete nicht mehr als natürliche Elemente des eher ländlichen traditionellen Patronagesystems zu sehen ist. Gleichwohl bot der Staat eine neue Instanz im Patronagenetzwerk der Elite, die nun öffentliche Gelder zum partikularen bzw. individuellen Nutzen einsetzen konnte.

Um diesem Wandel in theoretisch-analytischer Hinsicht gerecht zu werden, schlägt der philippinische Politikwissenschaftler F. Magno einen strukturell-historischen Ansatz vor. Im Gegensatz zum ahistorischen Lande-Modell, in dem das Reziprozitätsprinzip betont wird, stellt Magno einen Klassenbezug her und argumentiert, dass Patronage eine wesentliche Konsequenz sozialer Formationsprozesse sei. Damit integriert er das Problem der sozialen und ökonomischen

Ungleichheit in die Betrachtung informeller Politik. Nur durch Ungleichheit, die in den Philippinen ein signifikantes Maß erreicht hat, so Magno, sei die Bestandsfähigkeit von Patronagepolitik zu erklären. Die vom ihm gewählten Fallbeispiele zur Entstehung von politischen Familien und lokalen Eliten illustrieren die enge Verbindung zwischen Patronage-Politik und Clans in der philippinischen Politik (Magno 1993).

Ein weiteres Modell, das dem oben konstatierten Wandel des Patron-Klient-System Rechnung trägt, ist der „Political Machine“-Ansatz. Hier wird argumentiert, dass Faktionen, die im Lande-Modell aufgrund ihres familialen oder sozialen Charakters gleichsam „über“ den politischen Prozessen standen, zu spezifischen politischen Organisationen avancierten. Die Hauptfunktion dieser politischen Maschinen oder Wahlvehikel ist es, Macht zu erlangen und darüber hinaus primär den partikularen Interessen ihrer Mitglieder zu dienen. Jede Faktion besteht aus einem Anführer, zumeist einem führenden Politiker aus Senat oder Repräsentantenhaus und seinen Gefolgsleuten. Sie repräsentieren somit gleichsam eine Transformation der traditionellen Landbesitzer-Bauer-Beziehung auf höchster politischer Ebene. Hinzu kommt, dass der Staat bzw. Politiker aus den beiden Legislativkörperschaften in Manila als Verteiler von Patronageleistungen auftreten (Machado 1971; Wolters 1984).

John Sidel schließlich kritisiert den reziproken Charakter des strukturell-historischen Ansatzes sowie des political-machine Modells. Er argumentiert, dass die Patronagebeziehungen eher unilateraler Natur sind. Es sind „big men“ oder „Bosse“ wie beispielsweise überstaatliche Mafiosi, Provinzgouverneure, Kongressabgeordnete oder gar Regierungsmitglieder, die als skrupellose Machtmaximierer eine monopolistische Kontrolle über ökonomische und staatliche Ressourcen haben. Dabei benutzen sie Zwang, Stimmenkauf, Gewalt und Korruption. Die auf dieser Basis entstehenden „patrimonialen“ Patronagenetzwerke unterscheiden sich u. a. von den traditionellen Patron-Klient-Beziehungen dadurch, dass die familiäre oder Elite-Anbindung im Patrimonialismus bzw. Bossism Modell keine notwendige Bedingung für den Aufstieg eines Bosses sind (Sidel 1995).

2.3 Konzeption des Buches: polity, policy und politics

Aus der obigen Darstellung lässt sich die These ableiten, dass das politische System der Philippinen, das sich im Prozess der demokratischen Konsolidierung befindet, in signifikantem Maße von informellen Politikmustern (Patronage, Klientelismus) beeinflusst wird. Diese Annahme ist grundlegend für die vorliegende Betrachtung

des politischen Systems der Philippinen. Patronage und Klientelismus sind totale gesellschaftliche Phänomene und lassen sich dementsprechend in verschiedener Intensität auf allen Ebenen des Politischen wiederfinden.

Wie in Abschn. 2.2 bereits angedeutet, folgt dieses Buch der analytischen Einteilung des politischen Systems in grundlegende Formen und Strukturen von Politik (*polity*), den politischen Aushandlungsprozessen (*politics*), den Politikerergebnissen (*policies*) unter besonderer Berücksichtigung von politisch relevanten Akteuren (Kevenhörster 2003, S. 31; Heywood 2002, S. 5):

Der Begriff *polity* umfasst die Struktur bzw. Form des politischen Systems und richtet seinen Fokus auf die entsprechenden Institutionen. Darunter fallen primär die Verfassung, die Exekutive, das Parlament sowie die Judikative und Verwaltung. Institutionen sind hier zu verstehen als statische Manifestationen von Politik, die durch politische Prozesse geformt werden und auf sie zurückwirken.

Politische Verfahren und relevante politische Akteure sind bedeutsam für den politischen Prozess (*politics*). Hier geht es um formelle bzw. informelle Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf der Basis von Wahlen und Lobbyaktivitäten, die von Akteuren (politische Parteien, Interessengruppen und Nicht-Regierungsorganisationen) zur Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen genutzt werden. In einigen politischen Systemen existieren Akteure, die am Rande der Legalität oder gar gegen das System agieren. Diese werden im Fall der Philippinen ebenfalls betrachtet, da ihr Verhalten Auswirkungen auf die Stabilität des Gesamtsystems zeitigt.

Die Betrachtung politischer Ergebnisse (*policy*) verweist auf die Gestaltungsmöglichkeiten von Politik in verschiedenen Politikfeldern. Dabei geht es um eine Betrachtung unterschiedlicher Zieldefinitionen und Interessen der beteiligten Akteure und Institutionen bei der Auseinandersetzung um die Ausgestaltung staatlicher Programme. Über die Inhalte hinaus gilt es, die gesamtgesellschaftlichen Konsequenzen der Politikergebnisse zu untersuchen.

Um eine gehaltvolle Analyse der philippinischen *polity*, *politics*, *policies* sowie der relevanten Akteure zu gewährleisten, sollen auch die historischen, gesellschaftlichen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen des politischen Systems Berücksichtigung finden. Deshalb werden in Kap. 3 bis 5 entsprechende Analysen vorgenommen.

2.4 Zusammenfassung

In diesem Kapitel wurde das analytische Handwerkszeug für die strukturierte Betrachtung des politischen Systems der Philippinen vorgestellt sowie ein Blickwinkel für die Entwicklung des politischen Systems in den Philippinen eröffnet.

Das politische System stellt hierbei den konzeptionellen und analytischen Ausgangspunkt dar, da es hilft, politische Strukturen zu identifizieren, die bestimmte für das Gesamtsystem wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Ein demokratisches System zeichnet sich durch einen pluralistischen Wettbewerb und das Recht der Bürger aus, aktiv und passiv an diesem Konkurrenzkampf teilzunehmen.

Die Transformationsforschung hilft uns, den Blick für wichtige Übergangsphasen eines politischen Systems von der Diktatur zur Demokratie zu identifizieren. Die Philippinen sind in diesem Sinne ein Transformationsland, in dem die Transition zur Demokratie im Jahre 1986 gelungen ist, das sich jedoch noch in der Phase der demokratischen Konsolidierung befindet. Dies bedeutet, dass wir immer auch die Phase der Diktatur unter Ferdinand Marcos sowie den Übergang zu Demokratie bei der Analyse der verschiedenen Dimensionen philippinischer Politik – polity (Form), politics (Prozess) und policy (Ergebnisse) – zu berücksichtigen haben.

Eine These, warum diese Konsolidierung relativ langsam voranschreitet, ist u. a. informellen Politikmustern zu verdanken, die auf allen Ebenen des politischen Systems zu finden sind und die deshalb immer auch berücksichtigt werden müssen. Gleichwohl ist die vorliegende Arbeit keine Abhandlung über informelle Politik in den Philippinen, sondern ein einführendes Werk über das politische System der Philippinen. Deshalb gilt es aus einer entsprechenden didaktischen Perspektive einen strukturierten Blick auf die Politik dieses südostasiatischen Landes unter *impliziter* Berücksichtigung informeller Politikmuster zu werfen.

Literatur

- Almond, Gabriel (1956). *Comparative Political Systems*, in: Journal of Politics 18:3, S. 391–409.
- Almond, Gabriel & Verba, Sidney (1963). *Civic Culture*. Princeton: Princeton University Press.
- Almond, Gabriel/G. Powell (1978), *Comparative Politics*. Boston/Toronto 1978: Little Brown.
- Dahl, Robert A. (1971). *Polyarchy. Partizipation and Opposition*, New Haven: Yale University Press.
- Diamond, Larry (1994). *Toward Democratic Consolidation*. Journal of Democracy (5) 3, S. 4–17.
- Easton, D. (1957). *An Approach to the Analysis of Political Systems*, in: World Politics 9:3, S. 383–400.
- Easton, D. (1965), *A Framework for Political Analysis*, Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall. Freedomhouse (www.freedomhouse.org).
- Gunther, Richard/Diamandouros, Nikiforos P./Puhle, Hans-Jürgen (1995) (Hrsg.). *The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective*, Baltimore/London: The John Hopkins University Press.
- Heywood, Andrew (2002). *Politics*. 2. Auflage. Longon: Palgrave Macmillan.

- Huntington, Samuel P (1991). *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. Norman and London: University of Oklahoma Press.
- Linz, Juan & Stepan Alfred (Hrsg.). (1978). *The Breakdown of Democratic Regimes*. Baltimore & London: The John's Hopkins University Press.
- Kevenhörster, Paul (2003). Politikwissenschaft Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik. 2., überarbeitete Auflage. Opladen: Leske und Budrich.
- Lauth, Hans-Joachim (1999). Informelle Institutionen politischer Partizipation. In: Hans-Joachim Lauth & Ulrike Liebert (Hrsg.). *Im Schatten demokratischer Legitimität*. Opladen/Wiebaden: Westdeutscher Verlag.
- Lande, Carl H. (1965). *Leader, Factions and Parties. The Structure of Philippine Politics*. New Haven: Southeast Asian Studies, Yale University.
- Levitsky, Steven and Way, Lucan A. (2002). The rise of competitive authoritarianism. *The Journal of Democracy* 13:2, S. 51–65.
- Lipset, Seymour Martin. (1959). Some Social Requisites of Democracy. Economic Development and Political Legitimacy. *The American Political Science Review* 53, S. 69–105.
- Lipset, Seymour Martin (1960). *Political Man. The Social Basis of Politics*. New York: Doubleday.
- Loewen, Howard (2017). Probleme demokratischer Konsolidierung in den Philippinen (unveröffentlichtes Manuskript).
- Machado, K. G. (1971). Changing Aspects of Factionalism in Philippine Local Politics. *Asian Survey* 11 (12), S. 1182–1199.
- Magno, Alexander R. (1993). A Changed Terrain for Popular Struggles. *Kasarinlan. A Philippine Quarterly of Third World Studies* 8 (3), S. 7–21.
- Mauss, Marcel (1990). Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. (S. 61–84). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang, Sandschneider, Eberhard, & Segert, Dieter (1996). Einleitung. Die Institutionalisierung der Demokratie. In: Wolfgang Merkel, Eberhard Sandschneider & Dieter Segert (Hrsg.), *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie* (S. 9–36). Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang (2010). *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, 2. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Mols, Manfred/Lauth, Hans-Joachim/Wagner, Christian (2003) (Hrsg.): *Politikwissenschaft: Eine Einführung*, Paderborn: UTB Schöningh.
- Moore, Barrington Jr. (1966). *Social Origins of Democracy and Dictatorship. Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.
- North, Douglas C. (1992). *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen: Mohr.
- O'Donnell, Guillermo (1973). *Modernization and Bureaucratic Authoritarianism*. Berkely: Institute of International Studies.
- O'Donnell, G. und P. Schmitter. 1986. *Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Vol. 4, Baltimore: The John Hopkins University Press.
- Parsons, Talcott (1951): *The Social System*, New York/London: The Free Press.
- Parsons, Talcott (1979): *Social Systems and the Evolution of Action Theory*, New York/London: The Free Press.

- Przeworski, Adam (1991). *Democracy and the Market. Political and Economic Reforms in Eastern Europe and Latin America*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, Adam & Limongi, Fernando (1997). Modernization: Theories and Facts. *World Politics* 49 (2), S. 155–183
- Pridham, Geoffrey (1990). Southern European Democracies on the Road to Consolidation: A Comparative Assessment of the Role of Political Parties. In: Geoffrey Pridham (Hrsg.), *Securing Democracy: Political Parties and Democratic Consolidation in Southern Europe*. (S. 1–41). London/New York: Routledge.
- Putnam, Robert D. (1976). *The Comparative Study of Political Elites*. Englewood Cliffs & New York: Prentice-Hall.
- Sandschneider, Eberhard (1995). *Stabilität und Transformation. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung*. Opladen: Leske & Budrich.
- Schedler, Andreas (2006). *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*. Boulder und London: Lynne Rienner Publishers.
- Schumpeter, Joseph A. (1993) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 7. erweiterte Aufl.* Tübingen und Basel: Francke Verlag.
- Sidel, John (1995). The Philippines: the languages of legitimation. In: Alagappa, Muthiah (Hrsg.). *Political Legitimacy in Southeast Asia: the Quest for Moral Authority. Contemporary issues in Asia and the Pacific* (S. 136–169). Stanford: Stanford University Press.
- Waldrauch, Harald (1996). *Was heißt demokratische Konsolidierung? Über einige theoretische Konsequenzen der osteuropäischen Regimewechsel*. Wien: Institut für Höhere Studien (Political Science Series No. 36).
- Wolters, Willem (1984). *Politics, Patronage and Clan Conflict in Central Luzon*. Quezon City: New Day.
- Wurfel, David (1988). *Filipino Politics. Development and Decay*. Ithaca: Cornell University Press.



<http://www.springer.com/978-3-531-16478-6>

Das politische System der Philippinen

Eine Einführung

Loewen, H.

2018, XVI, 223 S., Softcover

ISBN: 978-3-531-16478-6